PRESSEINFORMATION

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

Kaiser-Äußerung unseriös

CDU: SPD hätte mit Kooperation Müllsatzung zustimmen können

Als ausgesprochen unseriös bezeichnet die CDU Rodgau eine Äußerung des neuen SPD-Vorsitzenden Jürgen Kaiser, der auf dem Parteitag wetterte: „Frau Ripper versaubeutelt jeden Monat 75 000 Euro. Das müssen wir den Leuten im Wahlkampf sagen."

Dabei war es doch die SPD selbst, die sich gemeinsam mit der Kooperation aus Sozialdemokraten, Grünen, FDP und FWG während der jüngsten Stadtverordnetenversammlung der Stimme enthielt, als es um eine neue Müllsatzung ging. Hätte die Parlamentsmehrheit, also die Kooperation, zugestimmt, würden jetzt nicht bis zum Inkrafttreten einer neuen Müllsatzung rund 75 000 Euro pro Monat Defizit auflaufen. Zu behaupten Frau Ripper sei schuld an diesem Desaster, ist schlicht und ergreifend dreist. Die SPD hätte es mit der Kooperation ja verhindern können. Auch das sollte sie ihren Wählern sagen.

Wie meinte doch der scheidende SPD-Chef Gerd Bender auf derselben Veranstaltung: „Die CDU wird jetzt das tun, was sie in bedrängter Lage immer getan hat, sie wird um sich beißen".

Wertet man die o.g. Kaiser-Äußerungen, wird wohl eher umgekehrt ein Schuh draus.

Die SPD ist - nicht zuletzt wegen des von der CDU angestrengten Bürgerbegehrens – verunsichert, oder, um Bender zu zitieren, „in bedrängter Lage", wie der Parteitag zeigte. So verlangte Andreas Lämmermann (Ortsverein Nieder Roden) einen Plan B für den Fall eines erfolgreichen CDU-Begehrens und kritisierte das voreilige Festlegen auf den FDP-Stadtrat Schüßler. Was heftige Reaktionen nach sich zog…

- 16. März 2010 -